

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 66 (1993)

Heft: 9

Artikel: Analyse der Volksabstimmung vom 6. Juni 1993 : Polarisierung bei Militärfragen wird immer stärker

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519815>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Analyse der Volksabstimmung vom 6. Juni 1993

Polarisierung bei Militärfragen wird immer stärker

Noch nie hat eine Volksabstimmung über Militärfragen die Schweiz derart stark polarisiert wie jene vom 6. Juni. Bei Waffenplatz- und FA-18-Initiative zeigte sich der Graben zwischen armeefreundlichem und -kritischem Lager sowohl auf der Ebene der Gemeinden und Kantone wie auch – und vor allem – zwischen den Sprachregionen. Dies zeigt eine Studie, die das Bundesamt für Statistik (BFS) publizierte.

(sda) Erarbeitet wurde die Studie vom Zürcher Soziologen Andreas Ladner im Auftrag der BFS. Sie kommt zum Ergebnis, dass in dem Plebiszit über die Zukunft der Schweizer Armee die mehrheitlich armeekritische lateinische Schweiz in ihrem Stimmverhalten homogener war als die Deutschschweiz. In letzterer standen sich ländlich, armeefreundliche Gemeinden und armeekritische Städte und Agglomerationen gegenüber.

Konflikt zwischen Zentren und peripheren Gebieten

Ähnlich wie bei der EWR-Abstimmung zeigte sich – vor allem in der Deutschschweiz – ein Konflikt zwischen den Zentren, welche neuen Ideen gegenüber offener sind, und den traditionellen, bewahrenden Peripherie-Gemeinden. Seit 1981 war bei den Gemeinden die Abweichung vom gesamtschweizerischen Mittelwert nie mehr so gross gewesen wie beim Urnengang vom 6. Juni.

Die regionale Polarisierung schlägt sich auch auf der Ebene der Kantone nieder. Ein Vergleich mit der Abstimmung von 1989 über eine «Schweiz ohne Armee» zeigt, dass sich zwischen den Kantonen ein Graben aufgetan hat: Heute sind die militärkritischen Kantone noch kritischer, die militärfreundlichen noch militärfreundlicher.

Die kantonalen Ergebnisse widerspiegeln sich in den Sprachregionen: In den deutschsprachigen

Gemeinden wurde die FA-18-Initiative mit 39,5 Prozent Ja-Stimmen deutlich abgelehnt, in den französischsprachigen Gemeinden jedoch mit 50,3 Prozent und in den italienischsprachigen Gemeinden mit 54,8 Prozent angenommen. Das gleiche Muster bei leicht höheren Werten zeigt sich auch bei der Waffenplatz-Initiative: Deutschschweiz 40,8 Prozent, Romandie 53,8 Prozent und Tessin 56,2 Prozent Ja-Stimmen.

Partei-Empfehlungen gefolgt

Das unterschiedliche Abstimmungsverhalten in den Gemeinden wird mit dem «politisch-ideologischen Klima» erklärt: Je grösser der Wähleranteil der bürgerlichen und rechten Parteien, desto geringer war die Zustimmung zu den beiden Initiativen – je grösser der Anteil linker und grüner Parteien, desto grösser waren die Ja-Stimmenanteile. Die Wählerinnen und Wähler leisteten für einmal den Abstimmungsempfehlungen der Parteien weitgehend Folge.

Einen wesentlichen Einfluss auf das Stimmverhalten hatten in der Deutschschweiz gemäss der Studie auch die Kriterien Bildung und Pro-Kopf-Einkommen: Je grösser der Anteil an Personen mit höherer Schulbildung und je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto höher der Ja-Stimmenanteil. In der italienisch- und der französischsprachigen Schweiz besteht hingegen kein entsprechender systematischer Zusammenhang.

Von einem Militärflug- oder Waffenplatz direkt betroffene Gemeinden waren den Initiativen gegenüber insgesamt eher kritisch eingestellt. Es gibt jedoch eine stattliche Zahl von mittelbar betroffenen Gemeinden, welche die Initiativen überdurchschnittlich stark unterstützten: Rund 30 Prozent der 130 durch Militärflugzeuge beeinträchtigten Gemeinden und etwa 35 Prozent der 260 Waffenplatz-Gemeinden wiesen Ja-Stimmenanteile auf, die über dem Ja-Stimmenanteil in ihrem Kanton lagen. Die Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» hatte am 6. Juni 42,9 Prozent Ja-Stimmen erhalten. Die Initiative «40 Waffenplätze sind genug» kam auf 44,7 Prozent Ja-Stimmen. Die Kantone Tessin, Genf und Jura sowie die beiden Basel nahmen beide Initiativen an, die Waffenplatz-Initiative erzielte darüber hinaus auch in den Kantonen Neuenburg, Freiburg und Waadt mehr als 50 Prozent der Stimmen.

Gefährliche Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr Bereitschaft der eigenen Armee gefährdet

Die von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz lancierte Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr hätte bei einer Annahme schwerwiegende Konsequenzen nicht nur für die schweizeri-

sche Exportwirtschaft; auch die materielle Bereitschaft der eigenen Armee wäre aufs höchste gefährdet.

Bundesrat, Parlament und Volk haben den Willen zur militärischen